

NIEDERSCHRIFT

über die **14.** Sitzung
des Kreistages
(XV. Wahlperiode)

öffentlicher Teil

Tag der Sitzung: **19.09.2012**
Ort der Sitzung: Kreishaus Grevenbroich
Kreissitzungssaal (1. Etage)
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich
(Tel. 02181/601-2171 oder -2172)
Beginn der Sitzung: 15:05 Uhr
Ende der Sitzung: 16:52 Uhr
Den Vorsitz führte: Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

Sitzungsteilnehmer:

• Vorsitzender

1. Herr Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

• CDU-Fraktion

2. Herr Dr. Gert Ammermann
 3. Herr Volker Bäumken
 4. Frau Irmintrud Berger
 5. Frau Barbara Brand
 6. Herr Andreas Buchartz
 7. Herr Heiner Cöllen
 8. Herr Hans Ludwig Dickers
 9. Herr Heijo Drießen
 10. Herr Karl-Heinz Ehms
 11. Herr Reiner Geroneit
 12. Herr Prof. h.c. (BG) Dr. med. Klaus Goder
 13. Herr Gerhard Heyner
 14. Herr Thomas Jung
 15. Herr Norbert Kallen
 16. Herr Dr. Hans-Ulrich Klose
 17. Herr Willy Lohkamp
 18. Frau Ursel Meis
 19. Herr Werner Moritz
 20. Herr Bertram Graf von Nesselrode
 21. Frau Sabine Prosch
 22. Frau Angelika Quiring-Perl
- entschuldigt

23. Herr Franz-Josef Radmacher
24. Herr Bernd Ramakers
25. Herr Karl-Heinz Schnitzler
26. Frau Petra Schoppe
27. Herr Antonius Suppes
28. Herr Wolfgang Wappenschmidt entschuldigt
29. Herr Dieter Welsink
30. Herr Thomas Welter
31. Frau Maria Widdekind
32. Frau Birte Wienands
33. Herr Dr. Christian Will

• SPD-Fraktion

34. Herr Denis Arndt
35. Herr Udo Bartsch
36. Herr Udo Bernards
37. Herr Horst Fischer
38. Herr Harald Holler entschuldigt
39. Frau Doris Hugo-Wisseemann
40. Herr Stephan Ingenhoven
41. Herr Dieter Jüngerkes
42. Herr Manfred Kauertz
43. Herr Bernd Kehrberg
44. Herr Wilhelm Küpper
45. Herr Martin Mertens
46. Herr Erwin Popien
47. Herr Reinhard Rehse
48. Herr Rainer Schmitz
49. Frau Gertrud Servos
50. Herr Rainer Thiel MdL

• FDP-Fraktion

51. Herr Walter Boestfleisch
52. Herr Jan Christopher Cwik entschuldigt
53. Herr Bijan Djir-Sarai MdB
54. Herr Franc J. Dorfer
55. Herr Rolf Kluthausen
56. Herr Michael Riedl
57. Herr Dirk Rosellen
58. Herr Sven Weber
59. Herr Rudolf Wolf

• Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

60. Herr Erhard Demmer
61. Herr Dieter Dorok
62. Herr Manfred Haag entschuldigt
63. Herr Martin Kresse
64. Herr Hans Christian Markert ab 15.35 Uhr
65. Frau Susanne Schöttgen
66. Frau Angela Stein-Ulrich
67. Frau Susanne Stephan-Gellrich

- **Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss/Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive**

- 68. Herr Jürgen Güsgen
- 69. Herr Erwin Hartmann
- 70. Frau Gabriele Parting
- 71. Herr Carsten Thiel

- **Unabhängige Linke Liste**

- 72. Herr Harald Farle
- 73. Herr Hans-Wilhelm Grütjen

- **Zentrum**

- 74. Herr Gerhard Woitzik

- **Bürgerbewegung pro NRW**

- 75. Herr Daniel Mike Schöppe

- **Verwaltung**

- 76. Frau Heike Bongers
- 77. Herr Dezernent Ingolf Gaul
- 78. Herr Günter Hassels
- 79. Herr Dezernent Tillmann Lonnes
- 80. Herr Dezernent Karsten Mankowsky
- 81. Herr Johannes Nordmann
- 82. Frau Christiana Rönicke
- 83. Herr Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz
- 84. Herr Harald Vieten

- **Schriftführerin**

- 85. Frau Annika Böhm

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
1.	Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit	6
2.	Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien Vorlage: 010/2008/XV/2012	7
2.1.	Präsentation im Europaparlament in Brüssel - Dienstreisegenehmigung Vorlage: ZS5/2051/XV/2012.....	7
2.1.1.	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion.....	8
2.1.2.	Genehmigung einer Dienstreise mit Übernachtung für bis zu 10 Personen.....	8
2.1.3.	Genehmigung einer Dienstreise ohne Übernachtung	9
3.	Einbringung des Entwurfs des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2011 Vorlage: 20/1993/XV/2012.....	9
4.	Änderung der Satzung des Rhein-Kreises Neuss über die Zahlung von Aufwandsentschädigung, Reisekostenpauschale und Verdienstaufschlag an den Kreisbrandmeister und seine Stellvertreter Vorlage: 32/2050/XV/2012.....	9
5.	Interkommunale Zusammenarbeit	11
5.1.	Archivkooperation im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 40/2002/XV/2012	11
5.2.	Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Übernahme der Aufgaben der Ausländerbehörde sowie der Aufgaben nach dem Einbürgerungs- und Staatsangehörigkeitsrechts der Stadt Grevenbroich durch den Rhein-Kreis Neuss Vorlage: ZS2/1981/XV/2012	11
5.3.	Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Stadt Neuss und dem Rhein- Kreis Neuss zur Übertragung der Aufgaben nach dem Unterhaltungsgesetz auf den Rhein-Kreis Neuss Vorlage: ZS2/2005/XV/2012.....	13
5.4.	Übernahme der Martinusschule in Kaarst (Förderschule mit dem Schwerpunkt Lernen) in die Trägerschaft des Rhein-Kreises Neuss Vorlage: 40/2018/XV/2012	13
5.5.	Übernahme der Schule am Chorbusch in Dormagen (Förderschule mit dem Schwerpunkt Lernen) in die Trägerschaft des Rhein-Kreises Neuss Vorlage: 40/2019/XV/2012	14
6.	Bildung der Einigungsstelle beim Rhein-Kreis Neuss (§ 67 LPVG NW) Vorlage: ZS3/2015/XV/2012.....	14
7.	Anträge.....	15

7.1.	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zum Thema "Dienstreisen des Landrates und seines Allgemeinen Stellvertreters" vom 05.09.2012 Vorlage: 010/2014/XV/2012.....	15
7.2.	Antrag der SPD Kreistagsfraktion zum Thema "Sitzung des Regionalrates am 20.09.2012 - Siedlungsmonitoring" Vorlage: 010/2064/XV/2012	16
8.	Mitteilungen	18
8.1.	Mitteilungen; hier: Sitzungskalender 2013 des Kreistages des Rhein-Kreises Neuss und seiner Ausschüsse Vorlage: 010/2001/XV/2012	18
8.2.	Rezertifizierung als Fairtrade Kreis	18
8.3.	K 26	18
8.4.	Kreistagsmandat.....	19
9.	Anfragen	19
9.1.	Hot Spots im Sitzungsbereich	19
9.2.	Projekt "Barrierefreier Kreis"	19
10.	Einwohnerfragestunde	20

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen und der Kreistag beschlussfähig ist. Anschließend wies er auf die Änderungen der Tagesordnung hin, wonach der Punkt „Bildung der Einigungsstelle beim Rhein-Kreis Neuss“ im öffentlichen Teil als Tagesordnungspunkt 6 behandelt werde. Außerdem sei unter Tagesordnungspunkt 2 auch über die Dienstreisegenehmigung für die Kreistagsabgeordneten nach Brüssel zu entscheiden. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

Neben den runden Geburtstagen teilte er auch mit, dass 1. stv. Landrat Dr. Hans-Ulrich Klose durch LKT-Präsident Kubbendorff für 50 Jahre politisches Engagement im Rhein-Kreis Neuss geehrt worden sei.

Den Abgeordneten lagen folgende Tischvorlagen vor:

	Niederschrift Kreisausschuss vom 12.09.2012
Zu Top 2 Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien	Vorlage der Verwaltung ☒
Zu Top 2.1 (neu) Präsentation im Europaparlament in Brüssel – Dienstreisegenehmigung	Vorlage der Verwaltung ☒
Zu Top 3: Einbringung des Entwurfs des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2011“	Entwurf des Jahresabschlusses 2011
Zu Top 4: Änderung der Satzung des Rhein-Kreises Neuss über die Zahlung von Aufwandsentschädigung, Reisekostenpauschale und Verdienstausschüttung an den Kreisbrandmeister und seine Stellvertreter	Vorlage der Verwaltung ☒
Zu Top 7 Anträge	Antrag der SPD Kreistagsfraktion zum Thema „Sitzung des Regionalrates am 20.09.2012 – Siedlungsmonitoring ☒

Die mit ☒ versehenen Tischvorlagen sind dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

2. Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien **Vorlage: 010/2008/XV/2012**

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke wies darauf hin, dass die Umbesetzung beim Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit in Mönchengladbach nicht direkt durch den Kreistag beschlossen werden könne. Man werde aber entsprechende Schritte in die Wege leiten.

KT/20120919/Ö2

Beschluss:

Der Kreistag beschließt folgende Ausschussumbesetzungen:

Sozial- und Gesundheitsausschuss

Der **sachkundige Bürger Stephan Kees** (FDP) wird weiteres **stellvertretendes Mitglied**.

Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit Mönchengladbach

Der **Kreistagsabgeordnete Horst Fischer** (SPD) wird anstelle des Kreistagsabgeordneten Rainer Thiel **stellvertretendes Mitglied**.

Schulausschuss

Der **sachkundige Bürger Oliver Reising** (Unabhängige Linke Liste) wird anstelle der sachkundigen Bürgerin Reina Hausmann **ordentliches Mitglied**.

Planungs- und Umweltausschuss

Der **sachkundige Bürger Bernd Makowiack** (Unabhängige Linke Liste) wird anstelle des Kreistagsabgeordneten Hans-Wilhelm Grütjen **ordentliches Mitglied**.

Der **Kreistagsabgeordnete Hans-Wilhelm Grütjen** (Unabhängige Linke Liste) wird anstelle des sachkundigen Bürgers Bernd Makowiack **stellvertretendes Mitglied**.

Ausschuss für Rettungswesen, Feuer- und Katastrophenschutz

Der **sachkundige Bürger Leo Oehmen** (UWG/Die Aktive), Neustr. 5, 41516 Grevenbroich, wird anstelle des sachkundigen Bürgers Peter Thomaschke **ordentliches Mitglied**.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2.1. Präsentation im Europaparlament in Brüssel - Dienstreisegenehmigung **Vorlage: ZS5/2051/XV/2012**

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erläuterte, dass es im Wesentlichen um die Frage der Höchstzahl der Teilnehmer, die in Brüssel übernachten könnten, gehe.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel teilte mit, dass die SPD-Fraktion die Dienstreise nicht für erforderlich halte. Von der SPD werde daher niemand teilnehmen.

Seiner Meinung nach könnten am Parlamentarischen Abend bis zu 8 Vertreter der großen und bis 3 Vertreter der kleineren Fraktionen teilnehmen, so Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer. Seine Fraktion habe aber keinen Bedarf für Übernachtungen.

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel meldete Bedarf für eine Person mit Übernachtung an.

Da der Kreis beim Parlamentarischen Abend vertreten sein sollte und eine späte Rückreise ungünstig sei, empfahl Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink, in einer Größenordnung von bis zu 16 Teilnehmern auch eine Übernachtung zu ermöglichen.

Im Kreisausschuss habe er vorgeschlagen, bis zu 10 Teilnehmern eine Übernachtung zu ermöglichen, erklärte Landrat Hans-Jürgen Petrauschke. Sofern Teilnehmer nicht übernachten, sei durchaus eine höhere Zahl möglich.

Er stelle zunächst den Antrag der SPD zur Abstimmung, anschließend die Teilnahme mit Übernachtung und zuletzt die übrige Teilnahme.

2.1.1. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion

KT/20120919/Ö2.1.1

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion, keine Übernachtungen auf Kosten des Kreises zu genehmigen, wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

16 Ja-Stimmen (SPD)

51 Nein-Stimmen (CDU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, UWG/Die Aktive, Zentrum, Bürgerbewegung pro NRW, LR)

2 Enthaltungen (Unabhängige Linke Liste)

2.1.2. Genehmigung einer Dienstreise mit Übernachtung für bis zu 10 Personen

KT/20120919/Ö2.1.2

Beschluss:

Der Kreistag stimmt der Durchführung der Dienstreise von bis zu 10 Mitgliedern des Kreistages, die sich für den Parlamentarischen Abend der Region Niederrhein im Europaparlament am 26.11. bzw. für das Programm am 27.11. in der NRW Vertretung in Brüssel mit Übernachtung anmelden, zu und erteilt hierzu die Dienstreisegenehmigungen für die Zeit vom 26.11. bis 27.11.2012.

Abstimmungsergebnis:

52 Ja-Stimmen
15 Gegenstimmen (SPD)
2 Enthaltungen (SPD, Zentrum)

2.1.3. Genehmigung einer Dienstreise ohne Übernachtung

KT/20120919/Ö2.1.3

Beschluss:

Der Kreistag stimmt der Durchführung der Dienstreise der Mitglieder des Kreistages, die sich für den Parlamentarischen Abend der Region Niederrhein im Europaparlament am 26.11.2012 in der NRW Vertretung in Brüssel ohne Übernachtung anmelden, zu und erteilt hierzu die Dienstreisegenehmigungen für den 26.11. 2012.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

3. Einbringung des Entwurfs des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2011

Vorlage: 20/1993/XV/2012

KT/20120919/Ö3

Beschluss:

Der Kreistag nimmt den Entwurf des Jahresabschlusses des Rhein-Kreises Neuss zum 31.12.2011 zur Kenntnis und weist ihn zur Prüfung dem Rechnungsprüfungsausschuss zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

4. Änderung der Satzung des Rhein-Kreises Neuss über die Zahlung von Aufwandsentschädigung, Reisekostenpauschale und Verdienstausfallentschädigung an den Kreisbrandmeister und seine Stellvertreter
Vorlage: 32/2050/XV/2012

KT/20120919/Ö4

Beschluss:

Der Kreistag des Rhein-Kreises Neuss beschließt folgende

**Satzung zur Änderung der Satzung des Rhein-Kreises Neuss
über die Zahlung von Aufwandsentschädigung,
Reisekostenpauschale und Verdienstausfallentschädigung
an den Kreisbrandmeister und seine Stellvertreter
vom 30.03.2011**

Auf Grund des § 5 Absatz 1 der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (KrO NRW) vom 14. Juli 1994 (SGV NRW 2021) in Verbindung mit § 34 Absatz 3 und § 12 Absatz 3 des Gesetzes über den Feuerschutz und die Hilfeleistung (FSHG NRW) vom 10. Februar 1998 (SGV NRW 213) hat der Kreistag des Rhein-Kreises Neuss in seiner Sitzung am 19. September 2012 nachstehende Satzung beschlossen:

§ 1 Entschädigungen

In § 1 Satz 1 der Satzung des Rhein-Kreises Neuss über die Zahlung von Aufwandsentschädigung, Reisekostenpauschale und Verdienstausfallentschädigung an den Kreisbrandmeister und seine Stellvertreter vom 30.03.2011 wird die Zahl „320“ durch die Zahl „400“ ersetzt.

§ 2 der Satzung des Rhein-Kreises Neuss über die Zahlung von Aufwandsentschädigung, Reisekostenpauschale und Verdienstausfallentschädigung an den Kreisbrandmeister und seine Stellvertreter vom 30.03.2011 erhält an Stelle der Überschrift „Reisekostenpauschale“ die Überschrift „Reisekosten- und Geschäftspauschale“.

In § 2 Satz 1 der Satzung des Rhein-Kreises Neuss über die Zahlung von Aufwandsentschädigung, Reisekostenpauschale und Verdienstausfallentschädigung an den Kreisbrandmeister und seine Stellvertreter vom 30.03.2011 wird die Zahl „110“ durch die Zahl „100“ ersetzt.

In § 2 Satz 3 der Satzung des Rhein-Kreises Neuss über die Zahlung von Aufwandsentschädigung, Reisekostenpauschale und Verdienstausfallentschädigung an den Kreisbrandmeister und seine Stellvertreter vom 30.03.2011 werden die Worte „außerhalb des Rhein-Kreises Neuss“ gestrichen.

Im § 3 der Satzung des Rhein-Kreises Neuss über die Zahlung von Aufwandsentschädigung, Reisekostenpauschale und Verdienstausfallentschädigung an den Kreisbrandmeister und seine Stellvertreter vom 30.03.2011 werden die Sätze 2 und 3 gestrichen.

Im § 3 der Satzung des Rhein-Kreises Neuss über die Zahlung von Aufwandsentschädigung, Reisekostenpauschale und Verdienstausfallentschädigung an den Kreisbrandmeister und seine Stellvertreter vom 30.03.2011 wird im Satz 5 die Zahl „25“ durch den Passus „bis zu 55“ ersetzt.

§ 2 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit Wirkung ab dem 01.10.2012 in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Satzung des Rhein-Kreises Neuss über die Zahlung von Aufwandsentschädigung, Reisekostenpauschale und Verdienstausfallentschädigung an den Kreisbrandmeister und seine Stellvertreter wird hiermit gemäß § 5 Absatz 4 KrO NRW bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschrif-

ten der KrO NRW nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sein denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Landrat hat den Kreistagsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- und Verfahrensmangel ist gegenüber dem Kreis vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Neuss, den

Hans-Jürgen Petrauschke
Landrat

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

5. Interkommunale Zusammenarbeit

5.1. Archivkooperation im Rhein-Kreis Neuss

Vorlage: 40/2002/XV/2012

KT/20120919/Ö5.1

Beschluss:

Der Kreistag beschließt den Abschluss der beigefügten „Öffentlich-rechtlichen Vereinbarung der Gemeinde Rommerskirchen mit dem Rhein-Kreis Neuss über die Einrichtung eines gemeinsamen Archivs“.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

5.2. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Übernahme der Aufgaben der Ausländerbehörde sowie der Aufgaben nach dem Einbürgerungs- und Staatsangehörigkeitsrechts der Stadt Grevenbroich durch den Rhein-Kreis Neuss

Vorlage: ZS2/1981/XV/2012

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erklärte, dass es sich um einen Vorratsbeschluss handle. Der Rat der Stadt Grevenbroich treffe seine Entscheidung voraussichtlich im Oktober.

Ihm stelle sich die Frage, ob es sich unter gesamtoptimalen Gesichtspunkten um die beste Möglichkeit handle, so Kreistagsabgeordneter Rudolf Wolf. Möglicherweise sei auch eine Übertragung auf die Stadt günstiger. Er bat daher um eine Aufstellung zu den Kosten für Stadt und Kreis. In jedem Fall sei es aber sinnvoll, dass für den Kreis bis zur Entscheidung in Grevenbroich keine Kosten entstehen.

Dem stimmte Landrat Hans-Jürgen Petrauschke zu. Die Zahlen werde man dem Protokoll beifügen (s. **Anlage**).

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel teilte mit, dass seine Fraktion gegen einen Vorratsbeschluss sei. Zunächst müsste eine Meinungsbildung im Rat der Stadt Grevenbroich erfolgen. Es sei nicht richtig, dass der Kreis eine solche Debatte impliziere und immer mehr Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung auf sich übertrage. Die Städte und Gemeinden müssten die Kosten so auch weiterhin über die Kreisumlage tragen.

Die Verwaltung sei bei der interkommunalen Zusammenarbeit auf einem guten Weg, so Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel.

Kreistagsabgeordneter Dr. Gert Ammermann erklärte, dass der Beschluss ein Angebot an den jeweiligen Vertragspartner sei und der Stadt eine klare Entscheidungsgrundlage biete. Auch stelle der Vorratsbeschluss eine Sicherheit für die Mitarbeiter da. Die Entscheidungsfreiheit der Stadt sei dadurch aber nicht eingeschränkt.

3. stv. Landrat Bijan Djir-Sarai wies darauf hin, dass immer wieder von allen betont werde, wie wichtig interkommunale Zusammenarbeit ist. Es sei daher richtig, dass der Kreis attraktive Angebote an die Kommunen mache. Dies sei aber kein Versuch Einfluss auf den Stadtrat auszuüben.

Wichtig sei eine Differenzierung, so Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer. Überörtliche Aufgaben sollten vom Kreis und örtliche Aufgaben von den Kommunen erfüllt werden. Da der Integrationsrat der Stadt Grevenbroich die Übertragung nicht abgelehnt habe, werde man dem Vorratsbeschluss zustimmen.

KT/20120919/Ö5.2

Beschluss:

Der Kreistag beschließt den Abschluss der „Öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Übernahme der Aufgaben der Ausländerbehörde sowie der Aufgaben nach dem Einbürgerungs- und Staatsangehörigkeitsrechts der Stadt Grevenbroich durch den Rhein-Kreis Neuss“ gemäß § 26 Abs. 1 der Kreisordnung NRW.

Abstimmungsergebnis:

53 Ja-Stimmen
16 Gegenstimmen (SPD)

5.3. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Stadt Neuss und dem Rhein-Kreis Neuss zur Übertragung der Aufgaben nach dem Unterhaltssicherungsgesetz auf den Rhein-Kreis Neuss Vorlage: ZS2/2005/XV/2012

KT/20120919/Ö5.3

Beschluss:

Der Kreistag beschließt den Abschluss der beigefügten „Öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Neuss und dem Rhein-Kreis Neuss zur Übertragung der Aufgaben nach dem Unterhaltssicherungsgesetz auf den Rhein-Kreis Neuss“. (s. **Anlage**)

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

5.4. Übernahme der Martinusschule in Kaarst (Förderschule mit dem Schwerpunkt Lernen) in die Trägerschaft des Rhein-Kreises Neuss Vorlage: 40/2018/XV/2012

Protokoll:

Auf Nachfrage der Kreistagsabgeordneten Gabriele Parting bestätigte Landrat Hans-Jürgen Petrauschke, dass dann fast alle Förderschulen in der Trägerschaft des Rhein-Kreises Neuss seien. Fehlen würden noch die zwei Förderschulen in Neuss. Die Stadt Neuss sehe aber bislang keine Notwendigkeit die Trägerschaft an den Rhein-Kreis Neuss zu übertragen.

Seine Fraktion sei mit der Übernahme der Martinusschule in Kaarst einverstanden, so Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer. Sie diene einer klaren Ordnung der Schullandschaft. Mittelfristiges Ziel müsste aber die Auflösung der Förderschulen sein. Die Eltern müssten in den Prozess mit einbezogen werden. Der Beschluss zur Übernahme der Schule am Chorbusch sei noch zu früh. Er beantrage eine Verweisung in den Schulausschuss, um fachliche Fragen zu klären.

Der Verweisung stimmten auch die Kreistagsabgeordneten Carsten Thiel und Rainer Thiel zu. Auch sie sahen noch Beratungsbedarf.

Kreistagsabgeordneter Dr. Gert Ammermann wies darauf hin, dass die Beschlussvorschläge eine Reaktion auf veränderte Schülerzahlen seien. Die Zusammenlegung der Schulen ermögliche den Eltern auch weiterhin eine Wahlfreiheit. Man sollte deutlich machen, dass der Kreis zu seiner bildungspolitischen Verantwortung steht.

Dezernent Tillmann Lonnes wies darauf hin, dass ohne weitere Ausnahmegenehmigung Schulschließungen bei nicht ausreichenden Schülerzahlen zu erwarten seien. Man habe aber die Möglichkeit Förderzentren zu schaffen. Der gemeinsame Unterricht werde selbstverständlich weiter ausgebaut. Auch machte er deutlich, dass die Beschlussvorlagen offen seien. Man werde sie dem Kreistag hinsichtlich der Finanzierung noch einmal vorlegen.

KT/20120919/Ö5.4

Beschluss:

Der Kreistag beschließt:

1. Der Kreistag erklärt grundsätzlich seine Bereitschaft (vorbehaltlich der erforderlichen Gremienbeschlüsse in Kaarst, Korschenbroich und Meerbusch), die Martinusschule in Kaarst zum Schuljahr 2013/2014 in die Trägerschaft des Rhein-Kreises Neuss zu übernehmen und hiermit den Förderbedarf für die Städte Kaarst, Korschenbroich und Meerbusch abzudecken.
2. Förderschwerpunkt sollen das Lernen und die Emotionale und soziale Entwicklung sein.
3. Die Einzelheiten sind in einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zu regeln, die vom Kreistag zu beschließen ist.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

5.5. Übernahme der Schule am Chorbusch in Dormagen (Förderschule mit dem Schwerpunkt Lernen) in die Trägerschaft des Rhein-Kreises Neuss

Vorlage: 40/2019/XV/2012

Protokoll:

Die Beratung erfolgte unter Tagesordnungspunkt 5.4.

KT/20120919/Ö5.5

Beschluss:

Der Kreistag vertagt die Entscheidung zur Übernahme der Schule am Chorbusch in die nächste Sitzung des Kreistages und verwies sie zur vorherigen Beratung in den Schulausschuss.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

6. Bildung der Einigungsstelle beim Rhein-Kreis Neuss (§ 67 LPVG NW)
Vorlage: ZS3/2015/XV/2012

KT/20120919/Ö6

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Besetzung der Einigungsstelle für die Dauer der Wahlperiode der Personalvertretung bis zum 30. 06. 2016 wie folgt:

Vorsitzende Person: Herr Dr. Volker Grabosch
Stellvertreter: Herr Dr. Volker Gärtner

Die für ein Einigungsstellenverfahren notwendigen Beisitzerinnen bzw. Beisitzer seitens der obersten Dienstbehörde werden aus den nachstehend aufgeführten Bediensteten

bestellt:

1. Frau KOVR'in Bemba
2. Herr KOVR Desgronte
3. Herr BrandOAR Dillbens
4. Herr KVD Hassels
5. Herr Ltd. KR D Heithoff
6. Herr Ltd. KVD Hohmann
7. Herr KVD Klein
8. Frau KORR'in Könnecke
9. Herr Krankenhausdirektor Nennhaus
10. Herr KVR Rauscher
11. Frau P. Sommerhäuser
12. Herr KVD Vieten
13. Herr Ltd. KVD Welz
14. Herr Pflegedienstleiter Weyers

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

7. Anträge

7.1. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zum Thema "Dienstreisen des Landrates und seines Allgemeinen Stellvertreters" vom 05.09.2012 Vorlage: 010/2014/XV/2012

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel erläuterte den Antrag seiner Fraktion. Transparenz und Zusammenarbeit seien wichtig. Auch sei es unüblich, dass sich der Landrat seine Dienstreisen selber genehmige. Der Antrag diene der Akzeptanz.

Entscheidend sei, dass die Verwaltung jederzeit handlungsfähig ist, so Kreistagsabgeordneter Jürgen Güssen. Der Antrag sei Blödsinn.

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel wies darauf hin, dass auch die Kreistagsfraktion UWG/Die Aktive dagegen sei, dass Landrat und Allgemeiner Vertreter Dienstreisen zusammen antreten.

Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink betonte, dass man das bisherige Verfahren für angemessen halte. Wichtig sei, dass Erreichbarkeit und Vertretungsregelung immer gegeben ist. Man sollte sich nicht in die Entscheidung der Verwaltungsspitze einmischen.

Es sei richtig, in den jeweiligen Gremien fallbezogen über den Wert von Dienstreisen zu diskutieren, so 3. Stv. Landrat Bijan Djir-Sarai einleitend. Der von der SPD beantragte Beschluss, sei aber nicht erforderlich und würde dem Ansehen des Kreises schaden. Es sei selbstverständlich, dass der Vorgesetzte seinen Experten zu einer solchen Reise mitnimmt.

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer wies darauf hin, dass es in größeren Unternehmen üblich sei, dass nur einer auf Dienstreise fährt. Auch sei der Antrag sehr sanft formuliert. Was dort formuliert sei, sei eine Selbstverständlichkeit, da das Parlament eine Kontrollfunktion habe. Transparenz sei das Entscheidende. Außerdem stelle er sich die Frage, wer die Wirtschaftsförderungsgesellschaft kontrolliere. Im Interesse der Sache sollte der Antrag Zustimmung finden.

Kreistagsabgeordneter Horst Fischer betonte, dass es nicht darum gehe, Dienstreisen zu verbieten. Es sei aber in der Regel nicht notwendig, dass Landrat und Allgemeiner Vertreter zusammen verreisen.

Man müsse klar zwischen der Frage der Transparenz und der Frage nach den Reisenden unterscheiden, so Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink. Bei der Transparenz sei man sich einig, allerdings sei es fraglich, ob der Kreistag die Entscheidung zu treffen habe, wer an der Reise teilnimmt.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke wies darauf hin, dass man auch auf Dienstreisen im Dienst sei. Er sei stets rund um die Uhr erreichbar. Eine Genehmigung seiner Dienstreisen durch Dritte sei aufgrund gesetzlicher Regelungen nicht erforderlich. Er als Landrat habe viele Aufgaben für die es je nach Aufgabe unterschiedliche Vertreterregelungen gebe. Die Vertretung sei aber immer gewährleistet auch wenn sein Allgemeiner Vertreter nicht vor Ort sei. Über Dienstreisen berichte er regelmäßig. Es sei aber nicht immer notwendig, den Kreisausschuss zu informieren.

Abschließend erklärte er auf Nachfrage von Kreistagsabgeordneten Demmer, dass die Wirtschaftsförderungsgesellschaft durch Wirtschaftsprüfer und die Gremien der Gesellschaft kontrolliert werde.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel betonte abschließend, dass seine Fraktion nicht kritisiere, dass der Landrat die Sportler geehrt und nach London begleitet habe sondern, dass er gemeinsam mit seinem Allgemeinen Vertreter für eine Woche verreist sei. Hier stelle sich die Frage der Angemessenheit.

KT/20120919/Ö7.1

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zum Thema "Dienstreisen des Landrates und seines Allgemeinen Stellvertreters" vom 05.09.2012 wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

26 Ja-Stimmen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen, UWG/Die Aktive)
43 Nein-Stimmen (CDU, FDP, UWG/Die Aktive, Unabhängige Linke Liste, Zentrum, Bürgerbewegung pro NRW)

7.2. Antrag der SPD Kreistagsfraktion zum Thema "Sitzung des Regionalrates am 20.09.2012 - Siedlungsmonitoring"

Vorlage: 010/2064/XV/2012

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel erläuterte den Antrag seiner Fraktion. Es könne

nicht sein, dass die Städte und Gemeinden durch die eigene Berechnungsmethode der Bezirksregierung schlechter gestellt werden als Kommunen etwa im Regierungsbezirk Köln. Dies würde die Wettbewerbschancen erheblich verringern. Er würde sich freuen, wenn man sich in der heutigen Sitzung auf folgende zwei Punkte verständigen könnte:

- Keine Wettbewerbsverzerrung durch zu restriktive Ergebnisse
- Die landeseinheitliche Methode sollte in das laufende Verfahren einbezogen werden.

Dies sei in der Tat ein wichtiges Thema für die wirtschaftliche Entwicklung der Region, so Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink. Man habe dies ausführlich im Kreisausschuss diskutiert. Der Adressat sollte aber nicht die Bezirksregierung, sondern die Landesregierung sein. Es müssten einheitliche Bemessungsgrundlagen entwickelt werden und der tatsächliche Bedarf berücksichtigt werden. Weiterführende Anträge für den Regionalrat seien von den dortigen Fraktionen bereits in Arbeit.

Auch 3. stv. Landrat Bijan Djir-Sarai wies darauf hin, dass es bereits entsprechende Anträge von CDU und FDP mit Unterstützung der SPD im Regionalrat für die Sitzung des Regionalrates gebe. Die Landesregierung müsse die Bezirksregierungen koordinieren.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel betonte, dass es bereits eine landeseinheitliche Berechnungsmethode gebe. Die Staatskanzlei sei derzeit in Gesprächen mit den regionalen Planungsbehörden. Die Bezirksregierung Düsseldorf sei mit restriktiven Ergebnissen vorgeprescht. Problematisch sei, dass die voraussichtlich restriktivere Methode der Bezirksregierung vom Land anschließend nicht mehr beanstandet werden könne.

Kreistagsabgeordneter Thomas Welter wies darauf hin, dass die SPD im Regionalrat dem Beschlussvorschlag der Bezirksregierung bereits im dortigen Planungsausschuss zustimmen wollte.

Kreistagsabgeordneter Hans Christian Markert zeigte sich überrascht über den Antrag. Seine Fraktion werde an der Abstimmung nicht teilnehmen, da das Thema in den Regionalrat gehöre. Er habe zwar Verständnis für die Sorgen zahlreicher Bürgermeister, man müsse aber auch das gemeinsame Ziel, den Flächenverbrauch zu begrenzen, im Auge behalten. Eine landeseinheitliche Berechnungsmethode halte er für sinnvoll.

Der Antrag von CDU und FDP im Regionalrat liege ihm bislang nicht vor, so Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel. Man könne sich aber darauf verständigen diese einheitliche Sicht in der Sitzung des Regionalrates zu bestätigen. Er bestehe daher nicht auf eine Abstimmung über den Antrag. Er nehme aus den Äußerungen mit, dass man im Regionalrat nach eindeutigen Formulierungen suchen werde.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erklärte, dass eine landeseinheitliche Berechnungsmethode angekündigt sei; die Ergebnisse lägen aber noch nicht vor. Die Dringlichkeit der Aufstellung eines neuen Regionalplanes mache die Situation der Gemeinde Rommerskirchen deutlich (s. Niederschrift Kreisausschuss 12.09.2012). Auch sei noch nicht klar, ob die landeseinheitliche Lösung die Bessere ist. Er betonte, dass es Landesziel sei, bedarfsgerechte Gewerbe- und Siedlungsflächen für die Region vorzusehen. Daran werde im Regionalrat unter seiner Leitung hart gearbeitet. Problematisch sei auch die gemeindegrenze scharfe Ausweisung von Gewerbeflächen (wg. Gewerbesteuer und kommunaler Planungshoheit). Die landeseinheitliche Berechnungsmethode sollte vielmehr als Kontrolle dienen. Erst müssten überhaupt geeignete Flächen identifiziert werden.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke hielt fest, dass es keiner Abstimmung bedarf.

Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

8. Mitteilungen

8.1. Mitteilungen; hier: Sitzungskalender 2013 des Kreistages des Rhein-Kreises Neuss und seiner Ausschüsse Vorlage: 010/2001/XV/2012

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke korrigiert, dass es sich um den Sitzungskalender 2013 handele.

Auf Nachfrage von Kreistagsabgeordneten Martin Kresse erklärte Landrat Hans-Jürgen Petrauschke, dass die Sitzungen der Kommissionen und Beiräte nicht ein Jahr im Voraus geplant werden können, da diese bedarfsorientiert tagen. Das Anliegen, Termine frühzeitig mitgeteilt zu bekommen, habe man zur Kenntnis genommen und wolle diesem Wunsch entsprechen.

8.2. Rezertifizierung als Fairtrade Kreis

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke teilte mit, dass der Rhein-Kreis Neuss die Rezertifizierung als Fairtrade Kreis erhalten haben.

8.3. K 26

Protokoll:

Unter Bezugnahme auf die falsche Berichterstattung in der Zeitung erklärte Landrat Hans-Jürgen Petrauschke, dass lediglich die Entschärfung der Kurven beabsichtigt sei. Ein Radweg sei nicht geplant.

Dezernent Karsten Mankowsky ergänzte, dass eine Realisierung auch dieser Maßnahme noch offen sei, da die potentielle Veräußerin der Tauschfläche (s. Beschluss des Kreisausschusses vom 12.09.2012) ihr Angebot zurückgezogen habe.

Kreistagsabgeordneter Martin Mertens bat darum, die Entschärfung der Kurve weiter zu versuchen.

8.4. Kreistagsmandat

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Jürgen Güsgen teilte mit, dass er beabsichtige sein Mandat aus beruflichen Gründen niederzulegen. Er wünsche sich, dass der Kreis mit einer kritischen Opposition und einer leistungsfähigen Regierungspartei, zusammen mit einer kreativen und gut informierten Verwaltung, erfolgreich weiter mache. Der Rhein-Kreis Neuss sei nicht umsonst da, wo er jetzt steht.

9. Anfragen

9.1. Hot Spots im Sitzungsbereich

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer erkundigte sich, ob auch in den Sitzungsbereichen in Neuss und Grevenbroich ein kostenloser Internetzugang für mobile Endgeräte eingerichtet werden könne.

Man werde dies prüfen, so Landrat Hans-Jürgen Petrauschke.

9.2. Projekt "Barrierefreier Kreis"

Protokoll:

Kreistagsabgeordnete Gertrud Servos fragte nach der Terminplanung für die Begehungen im Rahmen des Projektes „Barrierefrei“.

Anmerkung der Verwaltung: Die Termine für die Begehungen stehen noch nicht fest. Es liegen noch nicht alle Vorschläge für das Begehungsteam vor. Anschließend soll zunächst eine Schulung des Begehungsteams erfolgen.

10. Einwohnerfragestunde

Protokoll:

Fragen von Einwohnern wurden nicht gestellt.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Landrat Hans-Jürgen Petrauschke um 16:50 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke
Vorsitz

Annika Böhm
Schriftführung